

Wochenkommentar: Warum der Bundesrat nicht anders konnte, als neue Verschärfungen zu beschliessen

Der hohe Preis der fehlenden Disziplin

Aus rein epidemiologischer Sicht ist der härteste Lockdown immer die beste Variante. Schliessen wir uns alle in unserer Wohnung ein, kann das Virus niemandem angehustet werden. Das ist auf Dauer kein gangbarer Weg, weil damit viele negative soziale und wirtschaftliche Nebenwirkungen entstehen. Deshalb muss die Politik stets abwägen. Das hat der Bundesrat getan. Die Infektionszahlen sind weiterhin auf zu hohem Niveau, als dass er auf eine weitere Verschärfung hätte verzichten können. Trotzdem behält er sich vor, weiter zu gehen, wenn die Zahlen und der Reproduktionswert R nicht schnell fallen. Erst will er die Wirkung der getroffenen Massnahmen abwarten.

Allerdings hat der Bundesrat schon Mitte Oktober versucht, mit der Verschärfung der Massnahmen Gegensteuer zu geben. Und Ende Oktober kamen weitere Ausweitungen dazu wie das Verbot von privaten Treffen mit mehr als zehn Personen, Einschränkungen bei den Restaurants und die Schliessung der Nachtclubs.

Zuerst sah das nach einem Erfolg aus, Mitte November sank der R-Wert auf 0,75, die Epidemie war gebremst. Heute liegt sie mit den gleichen Massnahmen auf 1,13.

Warum das? Der Wirkung der Massnahmen steht der Individualismus des Einzelnen entgegen. Der Pfleger erzählt, dass sich im Altersheim zehn Prozent der Besucher die Maske vom Gesicht reissen, ein junger Mann davon, dass er nach dem Verlassen des Busses angepöbeln wird, weil er noch eine Maske trägt. Während grosse Teile der Bevölkerung den Massnahmen positiv gegenüberstehen, werden sie von einem anderen Teil sabotiert – nicht immer willentlich, aber auch. Und auch jene, die in der Theorie harten Massnahmen zunicken, sind dann im Privaten schon mal für eine Ausnahme bereit. Auf ein Gläschen halt. So läuft das mit der Eigenverantwortung ziemlich schief, weil diese nicht lückenlos ist.

Deshalb bleibt dem Bundesrat angesichts der Infektionen, die das Zwei-

oder Dreifache höher sind als in anderen Ländern Europas, Massnahmen zu ergreifen, welche die Kontakte reduzieren. Zwar weiss man bis heute nicht, wo genau sich Menschen anstecken. Aber die lokalen Lockdowns in der Westschweiz haben doch gezeigt, dass die Restaurant-schliessungen eine Wirkung hatten. Die Beizen werden deshalb zugemacht, weil Ansammlungen in

«Manche sind in der Theorie für harte Massnahmen, machen für sich selbst aber eine Ausnahme.»

geschlossenen Räumen über längere Zeit generell ein Risiko sind. In einem Laden ist die Fluktuation der Menschen höher, deshalb werden diese Geschäfte nur mit Kapazitätsbeschränkung versehen. Skigebiete dürfen die Kantone offenhalten. Da hat man wohl die Hoffnung, dass mit dem Schliessen der Restaurants die Attraktivität zu klein ist, um Massenansammlungen auszulösen. Gehofft wird auch im Privaten, dass die Empfehlung, zu Hause zu bleiben, für die Feiertage und auch danach eingehalten wird. Ob da der gesunde Menschenverstand reicht, darf bezweifelt werden. Anders regeln lässt sich das aber nicht, will man keine Polizei neben dem Weihnachtsbaum haben.

So zeigt sich immer klarer, dass es langfristig zur Impfung keine Alternative gibt. Begreiflich ist dabei eine gewisse Skepsis einiger, weil die Impfstoffe in Rekordtempo entwickelt worden sind. Doch möglich war das nur, weil Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in einmaliger Weise zusammengearbeitet haben. Zudem

ist die Entwicklung eines Impfstoffes nichts Neues, und die Forscher können auf ein Vorwissen über Erreger zählen. Weil die Testverfahren nicht nacheinander, sondern parallel gelaufen sind, konnte Zeit gespart werden, ohne dass ein Prozess ausgelassen wurde. Was die Langzeitfolgen betrifft, kann bei Impfungen gegen neue Krankheiten nie eine Aussage gemacht werden. Aufgrund der Studien können die Forscher die Schwere allfälliger Komplikationen aber abschätzen. Ein Mindestmass an Vertrauen in die moderne Medizin ist unabdingbar. Zuerst allerdings müssen wir eine Verschärfung und die Freiheitsberaubung ertragen, um schnelle Besserung zu ermöglichen. Denn bis die Impfungen Wirkung zeigen, dauert es noch einige Monate.



Bruno Knellwolf
bruno.knellwolf@chmedia.ch

Riskante Investitionen

SRF: Finanzkontrolle ist gefragt

Das Schweizer Fernsehen kann seine neuen Studios nicht in Betrieb nehmen, weil die Technik nicht funktioniert. Ein ganzes Team ist damit beschäftigt, die Probleme in den Griff zu bekommen. Das Unternehmen ist aber nicht in der Lage, einen Starttermin zu nennen.

Probleme bereitet auch ein neues System, mit dem Fernsehbeiträge zusammengeschnitten werden. Weil es komplizierter ist als das Vorgängermodell und die Cutter unter Zeitdruck stehen, kommt es unter ihnen nun zu krankheitsbedingten Ausfällen.

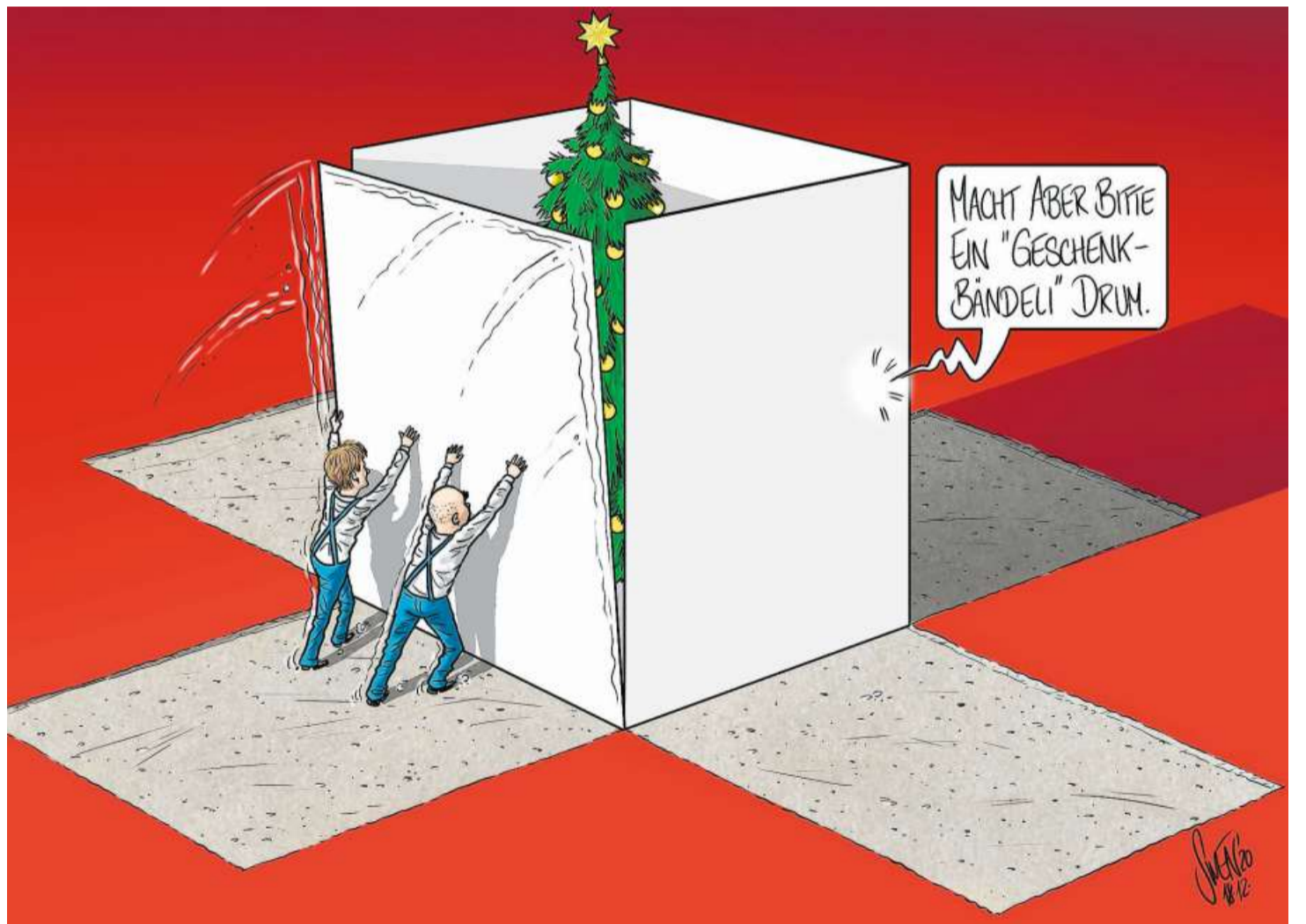
Das Schweizer Fernsehen bestellte Technologie, die kaum erprobt worden war. Damit gingen die Verantwortlichen ein vermeidbares Risiko ein. Die Folgen zu bewältigen, kostet Geld. Es ist das Geld der Gebührenzahler. Obwohl die Radio- und Fernsehgebühr 2021 auf 335 Franken sinkt, ist sie im europäischen Vergleich nach wie vor hoch. Die Gebüh-

renzahler dürfen erwarten, dass ihre Beiträge zweckmässig eingesetzt werden. Wenn man aber sieht, welche Probleme sich das Schweizer Fernsehen bei seinen Investitionen einhandelt, sind Zweifel am sinnvollen Einsatz des Geldes angebracht.

Es gibt eine Institution, welche die finanzielle Führung der Bundesverwaltung sowie halbstaatlicher Organisationen überwacht: die Eidgenössische Finanzkontrolle. Bei der SRG darf sie aber nur aktiv werden, wenn der Bundesrat ihr dazu den Auftrag erteilt. Nationalrat Christian Lohr (CVP) will das jetzt mit einer Motion ändern: Die Finanzkontrolle soll die SRG von sich aus prüfen können. Der Vorstoss verdient Unterstützung. Es ist nicht hinzunehmen, dass Sender der SRG die Gebühreneinnahmen aus dem Fenster werfen. Die Finanzkontrolle sollte ihnen auf die Finger schauen.

Francesco Benini
francesco.benini@chmedia.ch

Karikatur der Woche von Silvan Wegmann



Chefsache

Die besten Tage liegen noch vor uns

In seiner Rede nach der Wahl zum Landammann zitierte Gesundheitsdirektor Martin Pfister den Schweizer Schriftsteller Lukas Bärfuss: «Der Staatsbürger lebt [...] einerseits von der Vergangenheit, der Verpflichtung zur Tradition, andererseits von der Zukunft, davon, dass die besten Tage noch vor uns liegen und alles, was wir schaffen, bloss den Grundstein legt für das Glück der kommenden Generation.»

Die besten Tage liegen noch vor uns – das ist in dieser für viele bedrückenden Zeit sicher tröstlich, etwas, worauf die Zugerinnen und Zuger sich stützen können.

Daran, dass die besten Tage noch kommen, können sich auch die coronagebeutelten Unternehmen orientieren. Denn es ist richtig – und auch beruhigend – dass der Staat finanziell hilft. Wir können uns

das leisten, grosszügig sein. Der Kanton Zug hat genügend Mittel. Und der Bund kann sich das Schuldenmachen ebenfalls leisten. Dank der Schuldenbremse, mit der in den letzten Jahren der Schuldenberg des Bundes abgebaut wurde, können aktuell auf tiefem Niveau wieder Schulden aufgebaut werden, um der Wirtschaft grosszügig zu helfen. Jetzt an Hilfsgeldern zu sparen, wäre falsch.

Die Geschichte zeigt: Noch immer ist die Menschheit aus Krisen stärker hervorgegangen. Ja, Corona und die damit einhergehenden Massnahmen, das ganze Hüft und Hott sind mühsam. Die Einschränkung der persönlichen Freiheit wiegt schwer – bisweilen zu schwer.

In der anstehenden Weihnachtszeit fällt es besonders schwer, sich den Einschränkungen und Massnahmen zu beugen. Gerade

in dieser Zeit wollen sich Familien und Freunde nahe sein, sich sehen und miteinander zusammen sein. Das Coronavirus bringt alles durcheinander.

Dennoch kann man der Coronakrise, die zugleich auch eine gesellschaftliche ist, im Sinne Lukas Bärfuss' abgewinnen, dass die Gemeinschaft einerseits diese Herausforderung angenommen hat, und sie andererseits, wenn die Krise

überstanden ist, «den Grundstein legt für das Glück der kommenden Generation.» Das macht Hoffnung.



Harry Ziegler
harry.ziegler@zugerzeitung.ch